

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Peter Drahn (Köln KV)

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 73 bis 75:

durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine konsequente Umsetzung der ~~Leitlinien~~VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in allen Bereichen der ~~Vereinten Nationen zu Wirtschafts-~~EU-Gesetzgebung, die das Thema der sozialen Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) berühren. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass bei der Neuauflage der sog. CSR-Richtlinie Berichtspflichten für große Unternehmen konkretisiert und Menschenrechten~~Ausnahmeregelungen abgeschafft werden.~~

Begründung

Redaktionelle Änderung: Der richtige Name des VN-Rahmenwerks lautet VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.

Inhaltliche Änderung: Die sog. CSR-Richtlinie wird häufig als die wichtigste EU-Maßnahme zur Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte angeführt. Sie verpflichtet große Unternehmen (kapitalmarktorientierte Unternehmen, Finanzdienstleister und Versicherungen), in ihren Jahresberichten darzulegen, inwiefern die Unternehmensaktivitäten Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Sozialbelange oder Umweltbelange beeinträchtigen. Allerdings wird die CSR-Richtlinie von Experten auch als "Papiertiger" bezeichnet, da sie zahlreiche unpräzise Formulierungen und Ausnahmeregelungen enthält. Dies hat auch die schwache Umsetzung der Richtlinie durch die Bundesregierung ermöglicht. Um das Verhalten großer Unternehmen nachhaltig zu ändern müssen die Berichtspflichten in der CSR-Richtlinie verschärft werden. In der kommenden Wahlperiode des EP wird die Kommission eine Neufassung der CSR-Richtlinie vorschlagen. Dadurch dass wir diese konkrete Forderung ins Wahlprogramm aufnehmen zeigen wir, dass wir uns glaubhaft für die Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen durch Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU einsetzen.

weitere Antragsteller*innen

Deniz Ertin (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Georg Sieglen (Köln KV); Christian Cranz (Köln KV); Kurt Reisenauer (Köln KV); Willi Harz (Köln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Melanie Nagel (Köln KV); Andreas Paulus (Köln KV); Eileen Woestmann (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Frank Jablonski (Köln KV); Michael Kaiser (Köln KV); Annika Fischer-Uebler (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Dominik Wellhäuser (Köln KV); Jonathan Sieger (Köln KV)